

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 95 (2001)
Heft: 9

Artikel: Es gibt sie : die Globalisierung von unten : Zürcher 1.-Mai-Rede 2001
Autor: Hollenstein, Pia
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-144311>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Es gibt sie: die Globalisierung von unten

Zürcher 1.-Mai-Rede 2001



«Neoliberalismus und Neomilitarismus sind Waffenbrüder der Ausbeutung» (Pia Hollenstein an der 1.-Mai-Kundgebung auf dem Zürcher Bahnhofplatz).

Wer zeigt offen sein Gesicht für Demokratie und Gerechtigkeit?

Habt Ihr es schon gewusst? Wir sind hoffnungslos unzeitgemäss. Wir alle, die wir seit Jahrzehnten an einem Ritual festhalten. So zumindest beschreiben verschiedene Medien unseren heutigen Feiertag und diese Kundgebung. Ob ein Fest- und Protesttag unzeitgemäss ist oder nicht, bestimmen aber nicht die Medien. Es sind wir alle, die den Kalendertag mit politischen Inhalten und Forderungen füllen. Wo es nur um das Abspulen des immer Gleichen geht, ist es in der Tat nicht mehr weit bis zum Ritual. Doch die Stärke des ersten Mai liegt gerade darin, dass immer neue Themen einfließen, ohne dass die alten deswegen vom Tisch sind.

Gibt es einen anderen, einen passenderen Tag, um auf die Strasse zu gehen und die Anliegen der Arbeitenden öffentlich kundzutun? Wohl kaum. Es geht

aber schon seit Jahrzehnten um viel mehr. Es geht um die Einforderung traditioneller linker Postulate: Neben den Rechten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind dies Forderungen wie die Einhaltung der Menschenrechte, der Schutz der Umwelt, die Gleichstellung der Geschlechter, die Solidarität zwischen Nord und Süd. Unsere Kundgebung ist ein wichtiges Symbol. Wenn verschiedene Medien die 1.-Mai-Kundgebung als unzeitgemässes Ritual in Frage stellen, verkennen sie deren Bedeutung. Heute und hier zeigt sich, wer für unsere uralten und neuen linken Forderungen auf die Strasse geht. Wer zeigt offen sein Gesicht für Demokratie und Gerechtigkeit – hier und weltweit? Es sind wir alle.

«Globalisierung» kann vieles bedeuten

Ich soll über die «Globalisierung» reden, hat man mir gesagt. Doch das Wort kann vieles bedeuten. Globalisierung kann heissen, die geographische Entfernung zu vernichten und *alles greifbar* zu machen. Ist unser Planet aber damit wirklich zum solidarischen Weltdorf geworden, wie es uns die Wirtschaftshäuptlinge gerne weismachen wollen? Und ist alles Greifbare tatsächlich für *alle* zugänglicher geworden? Bei der Globalisierung – wie sie bisher vorangetrieben wurde – handelt es sich eher um *eine ideologische «Mehrzweckwaffe»*, um den gesellschaftlichen Reichtum von unten nach oben zu verteilen. Die Kluft zwischen dem reichen Norden und der Verarmung breiter Schichten und ganzer Staaten im Süden wird täglich grösser.

Was haben wir der Globalisierungseuphorie der Machthabenden zu verdanken? Wohin hat der bisherige Weg der Globalisierung der Finanz- und Warenmärkte geführt? Die Politik hat ihre Stärken der Wirtschaft abgegeben und zieht sich aus all jenen Bereichen zurück, wo es um die Regulierung der Konzerne geht. Eine direkte Folge ist der rasante *Verlust an Demokratie*. Es sind die Bank A und

der Multi B, die über das wirtschaftliche Weiterkommen ganzer Staaten bestimmen, statt dass die viel zitierte, leider aber äusserst *schwache Staatengemeinschaft* der Wirtschaft moralische Leitplanken vorgibt.

Kommt dazu, dass die theoretisch von der Politik gesteuerten internationalen Finanzinstitute IWF und Weltbank den Ländern des Südens *unerfüllbare Auflagen* machen. Diese eisernen Vorgaben zur Strukturanpassung führen oft zur *Verarmung* breiter Schichten. Das Reichtumsgefälle innerhalb und zwischen den Staaten wird immer grösser. Unqualifizierte Tätigkeiten werden in Billiglohnländer verlegt. Rentable Teile mit Wertschöpfung verbleiben hingegen immer im reichen Norden. Dieses wachsende Reichtumsgefälle ist eine direkte Folge der neoliberalen Politik, trotz des Geschwätzes vom sogenannten globalen Dorf. Die Verliererinnen und Verlierer dieses weltweiten Ausbeutungs- und Profitwahnsinns sind die Ärmsten und Schwächsten. Vor allem *Frauen* kommen einmal mehr unter die Räder des Globalisierungszugs.

Repressives Konfliktmanagement

Um die Folgen globalisierter Ausbeutung zu kontrollieren, setzt der reiche Norden immer mehr auf ein *Konzept der militarisierten Konfliktbewältigung*. Die Nato nimmt ihren neuen Auftrag der «Wahrung ihrer Interessen» bald rund um die Welt wahr; Europa baut sogenannte «Krisenreaktionskräfte» auf, um seine Eigeninteressen zu schützen. Die Schweizer Armee will mit einer Revision des Militärgesetzes Teil dieses repressiven Konfliktmanagements werden. Europa, USA und Japan rüsten zum globalen Verteidigungskrieg für ihre Profitinteressen und Ausbeutungsstrukturen.

Neoliberalismus und Neomilitarismus sind *Waffenbrüder der Ausbeutung*. Die Ideologie des «humanitären Kriegs», der Militärintervention zum Schutz von Menschenrechten, hat aber auch in Tei-

len der Linken und Friedensbewegten eingeschlagen und verfangen. Gefordert ist heute eine kritische Auseinandersetzung mit der neuen Rolle der Armeen und der neuen Ideologie des Militarismus weltweit.

Abbau von sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen

Der Globalisierungszwang verlangt nach Liberalisierung und Abbau von sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen auch bei uns. Nur so können wenige auch in Zukunft ihren Reichtum sichern und vermehren. Rationalisierungen, Arbeitsplatzabbau und Tiefstlöhne werden mit dem Totschlägerargument der unternehmerischen Freiheit als einziger Möglichkeit des wirtschaftlichen Überlebens angepriesen. Für die Lohnabhängigen wird *Freiheit* aber ganz anders definiert. Für die Lohnabhängigen wird die angepriesene *Flexibilisierung* oft zu einem «allzeit bereit». Lassen wir uns von diesen Scheinvorteilen nicht täuschen und wehren wir uns gegen eine unternehmerische Freiheit, die auf Kosten der Angestellten geht und den Service public sabotiert.

Es gibt aber *Freiheiten*, denen wir äusserste Sorge tragen müssen und für die wir notfalls auch kämpfen müssen. Es sind dies die Meinungs- und Informationsfreiheit, die Pressefreiheit und die Versammlungsfreiheit. Genau diese Freiheiten wurden in unserem Land kürzlich mit Füßen getreten. Ich rede von der *Inszenierung der Bündner Regierung*, der Davoser Polizei und deren Gehilfen anfangs Jahr.

In Davos und an anderen internationalen *Treffen der Finanz-Eliten* ging es um die Sicherung der eigenen Pfründe. Barrikaden, Stacheldraht, Abschränkungen in Seattle, Washington, Prag, Davos und Quebec haben in den letzten Monaten und Jahren Symbolwert bekommen. Markenzeichen der Globalisierungsmächtigen ist das Verhandeln und Diskutieren hinter verschlossenen Tü-

ren. Strategien werden entwickelt, um die nächste Liberalisierungsrunde einzuläuten.

Die offizielle Schweiz hat sich den Schutz der Weltmächtigen in *Davos* 15 Millionen kosten lassen. Wenn es die Schweiz fertig bringt, 15 Millionen für eine fragliche Zusammenkunft in *Davos* hinzublättern, soll sie auch wenigstens 5 Millionen locker machen, damit in zwei Jahren in Genf ein internationales Treffen der Nicht-Regierungsorganisationen wie in diesem Jahr in Porto Alegre möglich wird.

Begründet wird die von den Mächtigen hochgejubelte Liberalisierungs- und Globalisierungspolitik mit mehr Handlungsfreiheit, denn im Zeichen der Globalisierung der Märkte werde die *internationale Konkurrenz* immer härter. Die Folgen sind meist Arbeitsplatzabbau und Abbau von Dienstleistungen: sei es bei Privaten, bei grossen und mittleren Unternehmen oder auch bei Bahn, Post und so weiter. Das wollen wir so nicht einfach hinnehmen.

Primat der Politik wiederherstellen

Das alles sind traurige Tatsachen und düstere Aussichten! Was muss geschehen? Den Verantwortlichen Global Players, die auf Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung setzen, müssen wir klarmachen, dass es so nicht weitergehen darf. Der Primat der Politik und der *Menschenrechte* muss an die Stelle der Habgier der Besitzenden treten.

Globale Entscheidungsstrukturen dürfen nicht von informellen und intransparenten Verfahren und Gremien bestimmt werden. Sie brauchen dringend eine demokratische Kontrolle, welche die *Mitbestimmung aller Betroffenen* garantiert. Auch akzeptieren wir nicht einfach die Sachzwangpolitik der Globalisierer. Denn die neoliberale Globalisierungsdoktrin hat versagt, statt Probleme zu lösen, hat sie neue geschaffen. Globalisierungsfreaks, die sich gegen soziale und ökologische Rahmenbedingungen

sträuben, sind Totengräber demokratischer Errungenschaften.

Wir sind heute hier, um *gegen die ausbeuterische Wirtschaftspolitik* ein öffentliches Zeichen zu setzen. Auf die bedrohlichen Folgen der modernen Weltwirtschaft können wir nicht genügend hinweisen. Wir nehmen das ausbeuterische Gebaren nicht länger hin und wollen uns vielmehr weltweit vernetzen und so die Ohnmacht überwinden. Es liegt an allen «gewöhnlich Sterblichen», sich global zu organisieren und die Ohnmacht abzulegen. Dann können wir uns dem weltweiten Widerstand anschliessen, in die Debatten eingreifen und schliesslich neue Wege beschreiten.

Es gibt sie: die Globalisierung von unten. Die Globalisierung wird zu einem *demokratischen Fundament* kommen, wenn wir uns an der Entwicklung einer weltweiten Zivilgesellschaft beteiligen. Globalisierung darf nicht länger die Herrschaft der Stärksten über die Schwächsten sein.

Wir lassen uns nicht damit abspeisen, es gebe halt keine Alternativen. Wenn wir das Ziel klar vor Augen haben, gibt es sehr wohl Alternativen. Ich erinnere an den Kampf gegen das *Apartheidregime im früheren Südafrika*. Südafrika ist ein ermutigendes Beispiel gegen die scheinbare Alternativelosigkeit. Wir müssen uns bewusst sein, dass es sich bei all den Problemen nicht um Sachfragen, sondern um Machtfragen handelt. Was wir in Südafrika Anfang der Neunzigerjahre erlebten, könnte ein hoffnungsvoller Ansatz sein auch für andere Konfliktherde. In *Nahost* haben wir eine sehr ähnliche Situation. Zum einen das hoch entwickelte Israel, wie es die Städte des weissen Südafrika waren, andererseits die Homelands, die im Nahen Osten Westbank und Gazastreifen heissen. Die Bewegung um *Nelson Mandela* hat gezeigt, dass sich eine solche scheinbar auswegslose Situation friedlich und mit guter Perspektive für die Zukunft lösen lässt.

Gegen eine Schweiz als Mittäterin von Menschenrechtsverletzungen

Es reicht auch nicht aus, dass *Bundespräsident Leuenberger* dazu auffordert, Verantwortung für die Durchsetzung der Menschenrechte zu übernehmen. Den schönen Worten müssen Taten folgen. Der Bundesrat hat dafür zu sorgen, dass die Schweiz mit ihrer Wirtschaftspolitik nicht zur Mittäterin von Menschenrechtsverletzungen wird. Es geht nicht an, dass der Bundesrat *Staudammprojekte* in der Türkei, in China und anderswo verteidigt, wenn dadurch Hunderttausende von Menschen zwangsweise umgesiedelt werden müssen. Die offizielle Schweiz muss vielmehr solche Projekte bekämpfen, wenn sie die Lebensgrundlagen der betroffenen Bevölkerung zerstören.

Die offizielle Schweiz muss auch Menschenrechtsverletzungen benennen und verurteilen. Sei es die Unterdrückung des kurdischen, tibetischen, palästinensischen oder sudanesischen Volkes. Die Schweiz muss sich klarer gegen die Entmachtung von demokratisch gewählten Regierungen aussprechen. Es reicht nicht, dass sich die Schweiz mit Stolz für die Entwicklung der am wenigsten entwickelten Länder einsetzt. Es müssen auch Rahmenbedingungen geschaffen werden, die den *Zugang der armen Länder zu den Märkten der Industrienationen* ermöglichen. Es braucht ein Ende des ausbeuterischen Tuns *aller westlichen Industriestaaten*.

Für gewaltfreien Widerstand

Was wir brauchen, ist eine Diskussion über die verschiedenen Formen von Gewalt. Die Gewalt, die durch die Globalisierungseuphoriker ausgelöst wird, muss beim Namen genannt werden. Wir müssen dafür sorgen, dass die Oberen in Wirtschaft und in Politik ihr Handeln auch ausbaden und ihre vielzitierte Verantwortung übernehmen – statt wie üblich weiterzufahren wie bisher. Wie viel *subtile Gewaltanwendung* leisten sich

Wirtschaftskonzerne weltweit? Wie viele Menschenrechtsverletzungen nehmen sie in Kauf, um letztlich zu ihrem Profit zu gelangen? Worin besteht die ökologische Schuld des Nordens gegenüber dem Süden? Welche Preispolitik betreiben die Pharmakonzerne mit ihren Medikamenten, zum Beispiel gegen Aids? Inwiefern tragen die Gipfeltreffen der Mächtigen, sei es der G-7-Gipfel, die Konferenzen der Bretten Woods-Institutionen oder das Weltwirtschaftsforum Davos zur Unterdrückung und zur Verarmung grosser Bevölkerungsteile bei? Und welche Schuld laden die internationalen Finanzinstitute IWF und Weltbank mit ihrer Finanzpolitik auf sich?

Die Probleme der schrankenlosen Globalisierung sind bekannt. Um diesen wirksam entgegenzutreten, brauchen wir eine grosse Koalition des gewaltfreien Widerstands. Gruppierungen, Gewerkschaften und Parteien müssen sich vernetzen. Das Netzwerk soll erst national, dann aber auch global immer grösser werden. Der 1. Mai kann dieses Jahr ein weiterer Schritt sein, um die Diskussion und den Dialog über den *radikalen Widerstand* gegen die lebenszerstörenden Strukturen zu stärken und diesen erfolgreich zu verwirklichen.

Widerstand ist zugleich Ausdruck und Markenzeichen unserer *Wachsamkeit*. Es gibt auch eine Pflicht zum Widerstand. Unser Widerstand ist nicht einfach eine Kriegserklärung mit Siegesabsichten. Unser Widerstand macht vielmehr Vorschläge, die eine solidarische und demokratische Gemeinschaft zum Ziel haben.

Wir sind diejenigen, die den *Weg des Fortschritts* wählen. Der Weg des Fortschritts heisst aber nicht Liberalisierung, Privatisierung und Globalisierung auf Teufel komm raus. Fortschritt heisst soziale Gerechtigkeit und Solidarität. Die Einführung einer Tobinsteuer ist nur ein erster kleiner Schritt zu einer gerechteren Welt. Solidarität heisst nicht einfach Schenken. Solidarität heisst auch Teilen von Macht, Kapital und Arbeit. ●